

Sicherheit und Frieden gemeinsam gestalten - Jugendperspektive in der Sicherheitspolitik ernst nehmen!

Warum Sicherheitspolitik jugendgerecht gedacht werden muss:

Sicherheitspolitik ist eine zentrale staatliche Aufgabe. Sie dient dem Schutz der Bevölkerung vor Bedrohungen, der Gewährleistung von Freiheit und Demokratie sowie der Förderung von Stabilität und Frieden. Oft wird sie jedoch primär durch militärische Fragen, internationale Konflikte oder staatliche Sicherheitsorgane geprägt und erscheint dadurch als Politikfeld schwer zugänglich für zivilgesellschaftliche und außerparlamentarische Debattenräume, insbesondere für Jugendliche.

Gleichzeitig sind junge Menschen unmittelbar von sicherheitspolitischen Themen betroffen: durch Kriege, Klimakrise, gesellschaftliche Polarisierung, Desinformation und derzeit insbesondere durch die gesetzliche Neuregelung des Wehrdienstes bzw. der Diskurse um eine mögliche Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und damit auch eines zivilen Ersatzdienstes. Obwohl sie sich digital und analog aktiv für eine friedliche und sichere Gesellschaft einsetzen, bleibt ihre Stimme oft ungehört.

Die UN-Agenda für „Jugend, Frieden und Sicherheit“ (YPS) erkennt die positive und wichtige Rolle von jungen Menschen in Friedens- und Sicherheitsbemühungen an und fordert ihre Beteiligung als Partner*innen für Frieden und Sicherheit. Damit bildet die Agenda einen wichtigen Rahmen, um junge Menschen stärker in den Fokus von nationaler, europäischer und internationaler Friedens- und Sicherheitspolitik zu rücken.

Eine jugendgerechte Sicherheitspolitik muss den Anspruch erfüllen, diverse junge Menschen an Entscheidungsprozessen zu beteiligen, sie angemessen zu schützen und gleichzeitig zu befähigen, aktiv an der Gestaltung von Frieden, Sicherheit und Demokratie mitzuwirken. Folgende Grundsätze und Bausteine können dafür die Voraussetzungen schaffen.

Eine jugendgerechte Sicherheitspolitik braucht grundsätzlich:

...ein breites Begriffsverständnis: Sicherheitspolitik umfasst mehr als Verteidigung. Sie schließt zivile Krisenprävention, Klimaschutz, Zivil- und Katastrophenschutz, Demokratiebildung, Jugendaustausch, soziale Sicherheit und globale Verantwortung ein.

... Jugendpartizipation: Junge Menschen in all ihrer Vielfalt müssen verbindlich und ergebnisorientiert an sicherheitspolitischen Planungs-, Entscheidungs- und Evaluationsprozessen beteiligt werden. Ihre Perspektiven sind nicht Beiwerk, sondern Voraussetzung einer generationengerechten Politik.

... Transparenz und Bildung: Sicherheitspolitische Strategien müssen nachvollziehbar und zugänglich kommuniziert werden. Junge Menschen sind über die möglichen Folgen sicherheitspolitischer Entscheidungen und Maßnahmen verständlich zu informieren. Politische Informations- und Bildungsarbeit ist ein Bestandteil präventiver Sicherheit.

... Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit: Sicherheitspolitik muss generationengerecht, langfristig ausgerichtet und in globale Zusammenhänge eingebettet sein. Junge Menschen denken in Zukunftskategorien; Politik muss diesem Anspruch folgen.



Bausteine für eine jugendgerechte Sicherheitspolitik

Jugendbeteiligung wirksam umsetzen

Wirkungsvolle Jugendbeteiligung muss zu einem festen Bestandteil von sicherheitspolitischen Entscheidungsprozessen und Diskursen werden. Dazu braucht es verbindliche und regelmäßige Beteiligungsstrukturen in Ministerien, Parlamenten und sicherheitsrelevanten Ausschüssen auf allen Ebenen, die junge Perspektiven systematisch und von Beginn der Prozesse an einbeziehen und eine Mitwirkung auf Augenhöhe ermöglichen. Für eine wirkungsvolle Beteiligung braucht es Training, Wissen und Kapazitäten für junge Menschen und politische Akteure. Bestehende Qualitätsstandards für Jugendbeteiligung auf Bundesebene sind dabei zu berücksichtigen und durch neue Partizipationsformate zu ergänzen.

Junge Menschen sollen die Möglichkeit haben, sich an Debatten über die Ausgestaltung der Bundeswehr, den Wehrdienst und einer möglichen Wehrpflicht, über Einsätze der Bundeswehr, Cyberstrategien, Ausgaben für Verteidigung, zivile Strategien der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung oder Rüstungsexporte – Themen, die maßgeblich die Lebenswelt und die Zukunft junger Generationen betreffen – zu beteiligen. Dafür sind offene, niedrigschwellige und zugleich verantwortungsvoll moderierte Beteiligungsräume erforderlich. Es gibt nicht „die Jugend“ und junge Menschen in all ihrer Vielfalt haben unterschiedliche Diskriminierungserfahrungen, Perspektiven und Bedürfnisse. Es braucht daher Strukturen und Formate zur Beteiligung diverser junger Menschen. Dabei sollte ein „do no harm“ Ansatz handlungsleitend sein, auch mögliche Risiken durch digitale und analoge Beteiligung diverser junger Menschen müssen ausgeschlossen werden.

Auf internationaler Ebene gilt es, Jugenddialoge im Rahmen von EU- und UN-Initiativen gezielt zu fördern, um jungen Menschen auch dort Mitsprache zu ermöglichen. Neben dem Zugang zu internationalen Prozessen im Bereich Frieden und Sicherheit braucht es institutionalisierte Follow-up-Prozesse bei der Implementierung von UN- und EU-Agenden bzw. Policies auch auf nationaler Ebene. Zugleich müssen Engagement- und Beteiligungsbedingungen auf allen politischen Ebenen gestärkt werden. Auch im Inland braucht es für eine wirksame Partizipation entsprechende Strukturen bzw. die Förderung bestehender Beteiligungsformate, (Jugend-)Verbände, verbindliche Dialogräume und Begleitprozesse. Grundsätzlich braucht es klare Zuständigkeiten und Ansprechpersonen auf Seiten der Deutschen Regierung für die zivile Gesellschaft.

Eine jugendgerechte Sicherheitspolitik braucht dabei auch digitale und hybride Bildungsangebote, die verschiedenen Lebensrealitäten und Zugänge berücksichtigen. Sicherheitspolitik darf nicht exklusiv oder elitär erscheinen, sondern muss transparent öffentlich kommuniziert werden, damit junge Menschen sich ernsthaft einbringen und die sicherheitspolitische Gegenwart und Zukunft aktiv mitgestalten können.

Jugendaustausch und Friedensdienste stärken

Internationale Jugendbegegnungen, Freiwilligendienste und internationale Projekte sind wichtige Elemente einer jugendgerechten Sicherheitspolitik, die zum Verständnis globaler Zusammenhänge, zu Solidarität und interkulturellen Freundschaften beitragen. Um dies dauerhaft zu gewährleisten, müssen die Rahmenbedingungen für internationalen Jugendaustausch ausgebaut werden, das heißt es braucht eine finanzielle



Absicherung, weniger administrative Hürden (bspw. durch vereinfachte Visa-Verfahren) und niedrigschwellige Zugänge. Gleichermaßen sind Antidiskriminierungsarbeit, Konfliktfähigkeit und Wertevermittlung zentrale Bestandteile solcher Programme. Sie tragen zur Stärkung einer demokratischen Haltung und einem wertschätzenden Umgang mit Diversität bei.

Zudem braucht es die gesellschaftliche und politische Anerkennung von jungem Engagement. Wer sich in Friedensdiensten, Austauschprogrammen oder entwicklungspolitischer Arbeit engagiert, leistet einen wesentlichen Beitrag zur globalen Sicherheit und verdient eine entsprechende (ideelle und finanzielle) Wertschätzung.

Bildung über sicherheitspolitische Zusammenhänge fördern

Junge Menschen brauchen politische Bildungsangebote und Räume, in denen sie sicherheitspolitische Fragen diskutieren und einordnen können. Dafür müssen die Bezüge von Sicherheit zu Alltag, Demokratie, sozialem Zusammenhalt und globaler Verantwortung sichtbar gemacht werden, etwa über die Aufklärung zu Strategien wie der YPS-Agenda. Wenn sicherheitspolitische Bildung als Querschnittsthema in Schule und im außerschulischen Bereich verankert wird (z.B. durch ein Wahlpflichtfach Friedensbildung und zentrale Anlaufstellen für Schulen, etwa nach dem Vorbild der Servicestelle Friedensbildung Baden-Württemberg) und dies Demokratieförderung, Friedenspädagogik, Katastrophenschutz und Medienkompetenz einschließt, werden junge Menschen darin gestärkt, komplexe Zusammenhänge zu bewerten, ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten und Interessen zu erkennen sowie sich bei sicherheitspolitischen Themen vor Desinformationen und extremistischer Vereinnahmung zu schützen. Der Zugang zu Themen der Friedens- und Sicherheitspolitik in der Kinder- und Jugend(bildungs)arbeit verläuft in Anknüpfung an die Lebenswelt der Adressat*innen, unter Berücksichtigung von Werten wie Gewaltfreiheit, und mittels einer diversitätssensiblen Aushandlung von Vereinbarungen.

Dabei sollte ein breites Verständnis von Frieden und Sicherheit sowie Methoden der Konflikttransformation, wie etwa Dialoge und Perspektivwechsel, vermittelt werden. Entscheidend ist, dass aktuelle politische Bezüge und komplexe Themen wie internationale Konflikte, Terrorismus, Cyberangriffe, hybride Kriegsführung oder nachhaltige Sicherheit methodisch jugendgerecht aufbereitet und friedenslogisch betrachtet und auf Augenhöhe mit den Jugendlichen vermittelt werden. Insbesondere sollte friedens- und sicherheitspolitische Bildung nicht auf diese Themen beschränkt werden – vielmehr sollten im Sinne eines breiten Friedens- und Sicherheitsbegriffs die Zusammenhänge zwischen Frieden und anderen Zielen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung aufgezeigt werden.

Um dies zu ermöglichen, sind verlässliche, vielfältige und entbürokratisierte Förderstrukturen nötig. Bundesprogramme zu Friedensbildung, politischer Bildung und globalem Lernen (z.B. das Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung – FEB) müssen ausgeweitet und neue Fördermöglichkeiten speziell für Friedensbildung geschaffen werden. Auch digitale Räume und soziale Medien sollten gezielt für jugendgerechte Informations- und Aufklärungsarbeit genutzt werden. Nicht zuletzt bedarf es auch Angebote für eine Weiterentwicklung des Professionsverständnisses der Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, um sicherheitspolitische Fragestellungen zu vermitteln.



Dienste in Bundeswehr und Zivilgesellschaft gleichwertig ausgestalten

Freiwilligkeit, Motivation und Sinnhaftigkeit sollten im Fokus der Ausgestaltung aller Dienste für junge Menschen stehen, seien sie in der Bundeswehr oder im zivilen Bereich. Es braucht zudem eine qualifizierte pädagogische Begleitung der Dienstzeit, die auch Fürsorge anbietet. So werden die unterschiedlichen Dienste zu einem Gewinn für die jungen Menschen, was zu Verbleib und längerfristigem Engagement führt.

Mit der Debatte um eine Wiedereinführung von Musterung und Wehrpflicht sollten auch bestehende Strukturen der Freiwilligendienste anerkannt und gestärkt werden. Angestrebten sollten für alle Dienste freiwillige Modelle sowie eine Gleichwertigkeit von Wehrdienst und Freiwilligendiensten, was sich sowohl in der Information über die Dienste, der gesellschaftlichen Wertschätzung für dieses Engagement sowie in der konkreten Ausgestaltung der Rahmenbedingungen und der Finanzierung durch die öffentliche Förderung niederschlagen sollte.

Notwendig sind transparente Informationen zu Zielen, monetären und gesellschaftlichen Kosten und Nutzen der Dienste, um Vertrauen und Identifikation zu schaffen. Um Jugendlichen gerecht zu werden, ist auf die drei Kernherausforderungen des Jugendalters zu reagieren (Qualifizierung, Selbstpositionierung und Verselbstständigung). Dies bedeutet auch, dass die verschiedenen Dienste nicht als Beschäftigung oder Ausbildung verstanden werden sollten, sondern als Möglichkeiten für die persönliche Entwicklung. Bei der Ausgestaltung von Diensten ist darauf zu achten, dass sowohl die jungen Menschen als auch die Gesellschaft als Ganzes und die Institutionen einen Gewinn dadurch erfahren. Jugendliche sollten nicht nur als Ressource angesprochen werden. Zudem dürfen Angebote nicht nur in den Großstädten, sondern flächendeckend stattfinden, müssen barrierearm und zugänglich gestaltet werden sowie verschiedene soziale Hintergründe berücksichtigen.

Resilienz und Zivilschutz für alle Generationen mit Jugend ermöglichen

Gesellschaftliche Resilienz entsteht durch Bildung, Engagement und Solidarität zwischen den Generationen. Jugendorganisationen im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz, etwa THW-Jugend, Jugendfeuerwehren, DRK-Jugend und weitere Verbände, sollten gezielt gestärkt werden.

Durch den Aufbau praxisnaher Programme können junge Menschen befähigt werden, auf Krisen zu reagieren, ohne Angst zu erzeugen. Zugleich stärkt eine solidarische Haltung, wie sie etwa auch in Jugendverbänden eingeübt wird, demokratische Grundwerte und das Vertrauen in staatliche Strukturen.

Kooperationen und ressortübergreifende Verständigung

Eine jugendgerechte Sicherheitspolitik erfordert abgestimmtes und koordiniertes Handeln über Ressorts und Ebenen hinweg. Sicherheitsfragen betreffen nicht nur Außenpolitik und Verteidigung, sondern auch Bildung, Klima, Entwicklung, Digitalisierung und natürlich Jugendpolitik. Deshalb müssen politische Entscheider*innen und zivilgesellschaftliche Akteure stärker miteinander vernetzt sein. Nur so lassen sich Synergien schaffen und gemeinsame Strategien entwickeln. Ausgangspunkt dafür ist ein systematisches Mapping der relevanten Akteure und Aktivitäten im Bereich Jugend, Frieden und Sicherheit und eine Koordination an zentraler Stelle.



Darüber hinaus ist ein möglichst breites gemeinsames Verständnis von Frieden und Sicherheit zu entwickeln, das militärische, soziale, zivile und ökologische Dimensionen zusammenenkt. Eine solche Begriffsgrundlage ermöglicht die Gestaltung kohärenter und generationengerechter sicherheitspolitischer Maßnahmen, die von verschiedenen Fachressorts gemeinsam umgesetzt werden sollten.

Internationales Handeln verantwortungsvoll planen – YPS-Agenda umsetzen

Um die internationale Verantwortung zukunftsgerecht zu gestalten, sollte hier in Sicherheitsfragen die Priorität auf Diplomatie, ziviler Krisenprävention und friedlicher Konfliktlösung anstelle einer einseitig militärischen Strategie liegen. Auch international muss Sicherheitspolitik Jugend mithalten und eine generationengerechte Ausgestaltung ermöglicht werden. Dafür ist eine stärkere Einbindung junger Menschen in die Ausgestaltung internationaler Programme zentral, die sich an der UN-Resolution „Jugend, Frieden und Sicherheit“ orientieren.

Diese YPS-Agenda hebt die bedeutende Rolle junger Menschen in Friedens- und Sicherheitsprozessen hervor und betont die Notwendigkeit ihrer aktiven Beteiligung als Partner*innen in diesen Bereichen. Sie schafft damit einen zentralen Rahmen, um die Belange junger Menschen stärker in der nationalen und internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik zu verankern. Neben der Partizipation gelten der Schutz der Menschenrechte, Gewaltprävention und Entwaffnung, Partnerschaften zwischen Jugend und Regierungsinstitutionen sowie Zugang zu Bildung und Arbeit als zentrale Bausteine der Agenda, die es umzusetzen gilt.

Fazit: Sicherheitspolitik braucht die Stimmen der jungen Generation

Für eine jugendgerechte Sicherheitspolitik in Deutschland muss die Bundesregierung verschiedene Themenbereiche in den Blick nehmen und sichtbar machen: Jugendpartizipation, gesellschaftliche Resilienz, internationale Verantwortung, Prävention, Schutz sowie Teilhabe. Jugendliche müssen gleichberechtigt gehört und als Mitgestaltende anerkannt werden. Sie haben ein Recht auf transparente, nachhaltige und generationengerechte Sicherheitsstrategien. Jugendliche dürfen nicht nur als Schutzbedürftige oder als Ressource für Wehrdienste betrachtet werden, sondern sind aktive Gestalter*innen einer friedlichen Gegenwart und Zukunft.

Grundsätzlich braucht es ein breites Begriffsverständnis von Sicherheitspolitik, Jugendbeteiligung, Bildungsformate sowie Zukunftsfähigkeit und Transparenz von sicherheitspolitischen Entscheidungen.

Eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft wird resilient bleiben, wenn junge Menschen in sicherheitspolitische Diskurse einbezogen und befähigt werden, Gegenwart und Zukunft aktiv mitzugestalten und auch hieraus Zuversicht entsteht. Deutsche und Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss dazu beitragen, eine nachhaltige und friedliche Zukunft für kommende Generationen zu sichern – und die vielfältigen Stimmen junger Menschen müssen in sicherheitspolitischen Fragen gehört werden.



Dieses Grundlagenpapier ist das Arbeitsergebnis der Denkwerkstatt „Jugendgerechte Sicherheitspolitik“, in der sich Expert*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Fachpraxis, Politik und Verwaltung ausgetauscht haben. Die Mitwirkenden der Denkwerkstatt bündeln hier zentrale Erkenntnisse zu Jugendaspekten in sicherheitspolitischen Fragen. Die Empfehlungen für den politischen Raum ermöglichen es Entscheidungstragenden, konkrete Maßnahmen für eine jugendgerechte Sicherheitspolitik abzuleiten und umzusetzen. Dies sollte in enger Abstimmung mit der Zivilgesellschaft und jungen Menschen selbst geschehen.

Informationen zur Denkwerkstatt und den mitwirkenden Organisationen finden sich online unter <https://www.jugendgerecht.de/eigenstaendige-jugendpolitik/denkwerkstaetten/jugendgerechte-sicherheitspolitik2>

Dezember 2025

Kontakt:

jugendgerecht.de - Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik c/o Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe - AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin; Mail: jugendgerecht@agj.de

